

Presseinformation

Nr. 244 / 2013

Kiel, Dienstag, 21. Mai 2013

Verkehr / Straßenbau

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christopher Vogt: Das grüne Umdenken bei der Sanierung der Landesstraßen sorgt jetzt hoffentlich für schnelle Entscheidungen

Zur aktuellen Diskussion über die Umwidmung von Geldern aus dem Programm PROFI zur Erhaltung der Landesstraßen erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Wir sind äußerst erfreut und positiv überrascht, dass die grüne Fraktionsvorsitzende von Kalben unsere Forderung aus der vergangenen Woche aufgreift und nun ebenfalls vorschlägt, rund 10 Millionen Euro aus den noch nicht abgerufenen Mitteln des PROFI-Programms zugunsten des Straßenbaus umzuwidmen. In Kenntnis des grünen Wahlprogramms und des Koalitionsvertrages hatten wir diesen Pragmatismus nicht erwartet.

Frau von Kalbens zusätzliche Forderung, dass weitere Mittel für den Straßenbau durch Umschichtungen im Etat des Wirtschaftsministeriums freigemacht werden sollten, sehen wir allerdings äußerst skeptisch. Denn alles, was über die bisher schon angekündigten fünf Millionen Euro hinausgeht, wird zwangsläufig zulasten anderer Projekte gehen, die für die wirtschaftliche Entwicklung wichtig sind. Wir sehen jedoch noch sehr viel Spielraum für weitere Umschichtungen im Etat des Umweltministeriums.

Das grüne Umdenken sorgt jetzt hoffentlich für schnelle Entscheidungen in der Koalition. Angesichts der Tatsache, dass ausgerechnet die Grünen nun bereit sind, Teile der rot-grün-blauen Spielwiesenprojekte zugunsten der maroden Landesstraßen umzuwidmen, gehen wir jetzt davon aus, dass die Spitzen der Koalition die Umwidmung der PROFI-Gelder umgehend beschließen werden. Die Landesstraßen funken SOS, deshalb ist hier eine schnelle Entscheidung der Koalitionsspitzen nötig. Einmalige Umschichtungen werden die Lage aber nicht spürbar verbessern können. Die Koalition muss auch für den Haushalt 2014 entsprechende Mittel einplanen.“